

N i e d e r s c h r i f t

über die 6. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 11.03.2015
- Öffentlicher Teil -

Sitzungsraum: Ratssaal, Rathaus, Rathausplatz 2, 40789
Monheim am Rhein
Beginn: 17:05 Uhr
Ende: 20:07 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der PETO-Fraktion

Frau Kathrin Dähne
Herr Andy Eggert
Herr Ingo Elsner
Herr Patrick Fuest
Herr Florian Große-Allermann
Frau Carina Häusler
Frau Julia Häusler
Herr Torsten Kinzel
Herr Florian Klein
Frau Janne Koch
Herr Tim Kögler
Herr Michael Lück
Frau Ann-Cathrin Nellen
Frau Brinja Noth
Frau Lisa Pientak
Herr Holger Radenbach
Herr Benedikt Reich
Herr Max Riedel
Herr Lucas Risse
Frau Bianca Rosenstetter
Herr Joris Schüller
Frau Vanessa Serve
Frau Monika Sikora
Frau Laura Töpfer

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Günter Bosbach
Herr Tim Brühland
Herr Heinz-Jürgen Goldmann
Herr Markus Gronauer
Frau Gabriele Hackel
Herr Michael Nagy

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Werner Goller
Herr Alexander Schumacher

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Stephan Emmler

FDP

Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz

Rechnungsprüfung

Herr Harald Beier
Herr Georg Mittmann

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel
Frau Estelle Dageroth
Herr Martin Frömmer
Frau Andrea Griese-Pelikan
Herr Friedhelm Haussels
Herr Peter Heimann
Herr Guido Krämer
Herr Edgar Lenz
Herr Roland Liebermann
Herr Michael Lobe
Herr Dietmar Marx
Frau Sabine Noll
Herr Georg Thomanek
Herr Thomas Waters

Vertretung für Frau Sonja Baumhauer

Schriftführerin

Frau Cansen Akcakavak

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder der PETO-Fraktion

Herr Hasan Ergen
Herr Michael Strauss

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Peter Werner

Mitglieder der SPD-Fraktion

Frau Stefanie Rohm

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Manfred Poell

DIE LINKE

Frau Badi Özgültekin

von der Verwaltung

Frau Sonja Baumhauer
Frau Gisela Herforth

Schriftführerin

Frau Beate Hellingrath

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -
3. Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen (öffentlicher Teil) IX/0296
4. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
5. Resolution zur geplanten Strukturreform des ärztlichen Notdienstes der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein IX/0304
6. Kündigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Wahrnehmung der örtlichen Rechnungsprüfung IX/0301/1
7. Ausbau des Städtischen Bürgerservice IX/0295
8. Pilotprojekt zur Einführung von Tablets am Otto-Hahn-Gymnasium IX/0267/1
9. Kindergartenbedarfsplanung 2015/2016 IX/0265
10. Änderung der Satzung des Jugendparlamentes der Stadt Monheim am Rhein IX/0277
11. Einführung des Freizeitexpress 13 und 14 - Empfehlung zur Beschlussfassung - Empfehlung zur Aufnahme in den Nahverkehrsplan IX/0251
12. Neuaufstellung des Regionalplans Düsseldorf Stellungnahme der Verwaltung zur Offenlage IX/0256
13. Realisierung weiterer Module der MonChronik zu den Themen Aalfischerei und Karneval IX/0292
14. Ermächtigungsübertragungen 2014 IX/0287
15. Über- und außerplanmäßige Mittel im Jahre 2014 IX/0288
16. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.02.2015 IX/0303

zum städtischen Baumkataster

- | | | |
|-------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------|
| 17. | Vertreter der Stadt Monheim am Rhein in der Rheinfischereigenossenschaft im Lande NRW | IX/0258 |
| 18. | Vertreter der Stadt Monheim am Rhein in der Gesellschafterversammlung der Lokalradio Mettmann Betriebsgesellschaft mbH + Co. KG | IX/0259 |
| 19. | Wahl des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden des Umlegungsausschusses der Stadt Monheim am Rhein | IX/0281 |
| 20. | Nach- und Umbesetzung in Ausschüssen und Gremien | IX/0261 |
| 21. | Mündliche Mitteilungen | |
| 22. | Mündliche Anfragen | |
| 22.1. | Anfrage von Ratsherrn Goller - SPD "Anschaffung von Defibrillatoren" | |
| 22.2. | Anfrage von Ratsherrn Goller - SPD - "Entwicklungsstand des Projektes an der Aalräucherei im Uebber-Gelände" | |
| 22.3. | Anfrage von Ratsherrn Gronauer - CDU - " Stellvertretungsregelung für Aufsichtsratsmitglieder der MVV" | |

SITZUNGSERGEBNIS:

Öffentliche Sitzung:

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Bürgermeister begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 6. Sitzung des Rates. Er stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er teilt mit, dass sich folgende Ratsmitglieder für die Sitzung entschuldigt haben: Herr Ergen und Herr Strauss jeweils aus der PETO-Fraktion, Herr Werner aus der CDU-Fraktion, Frau Rohm aus der SPD-Fraktion, Herr Poell aus der Fraktion Bündnis90/Die Grünen sowie Frau Özgültekin.

Bevor der Bürgermeister mit der Sitzung fortfährt, weist er darauf hin, dass das an diesem Abend anwesende Fernseh-Team von Radio Télévision Suisse des französischsprachigen Teils des Schweizer Fernsehens, in den ersten Minuten der Sitzung einige Bildaufzeichnungen machen möchte. Er fragt die Anwesenden nach ihrem Einverständnis hierzu.

Es werden keine Einwände seitens der Anwesenden angezeigt. Der Bürgermeister bedankt sich für die Zustimmung und fährt mit der Sitzung fort.

Er weist auf die Erweiterung der Tagesordnung hin, welche mit Schreiben vom 06.03.2015 an die Ratsmitglieder nachversandt worden ist.

- Ergänzt worden sei die Tagesordnung um die **Vorlage IX/0304**, die als neuer **Tagesordnungspunkt 5** geführt werde. Hierin werde den Ratsmitgliedern die Verabschiedung einer Resolution vorgeschlagen werde, in welcher man sich für den Erhalt des ärztlichen Notfalldienstes ausspreche.
- Ferner weist er auf die unter **Tagesordnungspunkt 6** neu eingefügte **Vorlage IX/0267/1** hin, in welcher die Kündigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Kreis Mettmann zur Rechnungsprüfung behandelt werde. In der Beratung im nichtöffentlichen Teil des Haupt- und Finanzausschuss sei beschlossen worden, diesen Tagesordnungspunkt in der Ratssitzung im öffentlichen Teil zu behandeln.

Wortmeldungen zur Tagesordnung gibt es keine.

2 Kennnismahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -

Protokoll:

Die Niederschrift zum öffentlichen Teil der 5. Sitzung des Rates vom 17.12.2014 wird ohne Wortmeldung zur Kenntnis genommen.

3 Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen (öffentlicher Teil) Vorlage: IX/0296

Protokoll:

Der Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen im öffentlichen Teil wird ohne Wortmeldung zur Kenntnis genommen.

Zur Kenntnis genommen

4 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Protokoll:

Herr Franzen, Betreiber des Fotostudios auf der Alten Schulstraße, meldet sich zu Wort.

Herr Franzen berichtet, dass er 270 Unterschriften gegen die Aufstellung eines Fotoautomaten im Bürgerbüro gesammelt habe. Er bezieht sich damit auf die unter TOP 7 neben weiteren Punkten zu behandelnde Aufstellung eines Passbildautomaten, der im Rahmen der Erweiterungen des Bürgerservices den Bürgerinnen und Bürgern zur kostenlosen Nutzung im Bürgerbüro bereitgestellt werden soll.

Herr Franzen bedankt sich bei den Einwohnerinnen und Einwohnern im Zuschauerraum, die zu seiner Unterstützung mitgekommen seien. Er erklärt, dass er im Vorfeld eine Rede vorbereitet habe, die er jedoch nicht mehr halten wolle,

da er im Gespräch mit dem Bürgermeister eine Einigung mit diesem erzielt habe. Demnach wolle er als Kompromiss vorschlagen, den Fotoautomaten - anders als geplant - erst Mitte des nächsten Jahres in Betrieb zu nehmen und bittet, den Kompromiss-Vorschlag zum Tagesordnungspunkt aufzunehmen. Im Falle einer späteren Inbetriebnahme des Fotoautomaten im Bürgerbüro könne sein Auszubildender seine Ausbildung zu Ende zu bringen, während er selbst die Möglichkeit bekäme, sich auf die neue Situation einzustellen und entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Mit einer solchen Vorbereitungszeit sehe er gute Chancen, sich auf die veränderten Umstände einzustellen.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Kompromissbereitschaft von Herrn Franzen und seine Bereitschaft sich neuen Herausforderungen zu stellen Respekt verdienen und bedankt sich bei ihm ausdrücklich hierfür. Er gehe davon aus, dass die Fraktionen in der Diskussion zu dem entsprechenden Tagesordnungspunkt den Vorschlag von Herrn Franzen entsprechend würdigen und berücksichtigen werden.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

**5 Resolution zur geplanten Strukturreform des ärztlichen Notdienstes der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein
Vorlage: IX/0304**

Protokoll:

Der Bürgermeister erklärt, dass die Kassenärztliche Vereinigung bereits einen entsprechenden Beschluss zur Reform des ärztlichen Notdienstes gefasst habe. In zwei Wochen werde die Ärztekammer dieses Thema behandeln. Daher wolle man zusammen mit der Bürgermeisterin der Stadt Hilden, Frau Alkenings und dem Bürgermeister der Stadt Langenfeld, Herrn Schneider, die in den jeweiligen Städten gesammelten Unterschriftenlisten am 18. März 2015 bei der Ärztekammer in Düsseldorf überreichen. Allein in der Stadtverwaltung Monheim am Rhein habe man mehrere hundert Unterschriften gesammelt. Auch nach dem 20. März 2015 werde es weiterhin die Möglichkeit geben, Unterschriften abzugeben, die ebenfalls der Ärztekammer zugeschickt werden sollen.

Mit der vorgelegten Resolution wolle man die Willensäußerung und Botschaft des Rates zum Ausdruck bringen, dass die Stadt Monheim am Rhein gegen die Schließung des ärztlichen Notdienstes in Langenfeld ist. Insbesondere der Verlust des Krankenhauses in Monheim am Rhein, durch den die Monheimer Bürgerinnen und Bürger nunmehr Krankenhäuser in Benrath, Langenfeld und Leverkusen aufsuchen müssten rechtfertige den Einsatz gegen die Schließung der Notfallpraxen in Langenfeld in dieser Form.

Die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen begrüßen die Resolution.

Herr Goller von der SPD-Fraktion bewertet den Beschluss der Kassenärztlichen Vereinigung als absoluten Fehltritt und ist der Ansicht, die Schließung des allgemeinen Notfalldienstes sowie des kinderärztlichen Notdienstes in Langenfeld sei für die Monheimer Bevölkerung ein erheblicher Einschnitt. Die Kassenärztliche Vereinigung verhalte sich konträr zu ihrer eigenen Parole „Denk dir, du gehst zum Arzt und der Arzt ist nicht da“, mit der sie sich in einem anderen Zusammenhang gegen die Politik des Gesundheitsministeriums gewandt habe. Die SPD selbst

habe allein am vergangenen Samstag über 200 Unterschriften gesammelt. Es werde erwartet, dass weitere Unterschriften bis zur Übergabe an die Kassenärztliche Vereinigung zusammen kämen.

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen stellt die Anfrage, ob die Städte Hilden und Langenfeld eine gleich lautende oder ähnliche Resolution zu verabschieden planen und wie man im Falle der Nichtbefolgung der Resolution weiter vorgehen wolle.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Städte Hilden und Langenfeld Ihre Ratssitzungen erst zu einem späteren Zeitpunkt abhalten werden und er daher noch keine Rückmeldung darüber habe, ob eine Resolution auch in diesen Städten verabschiedet werden soll. Ein Etappenerfolg könne darin gesehen werden, dass die Kassenärztliche Vereinigung in ihren Beschluss die bisher nicht enthaltene Möglichkeit von Dependancen aufgenommen habe. Damit bestehe die Möglichkeit, die Langenfelder Praxis als Zweigstelle einer anderen Praxis zu erhalten. Die Durchsetzung einer solchen Möglichkeit erfordere jedoch noch viele Gespräche mit der Ärztekammer. Nach einer einmal beschlossenen Reduzierung der Notfallpraxen, bestünde jedoch keine Handlungsmöglichkeiten mehr für die Kommunen, weshalb es oberstes Ziel sei, dieses zu verhindern.

Weitere Wortmeldungen gibt es keine.

Beschlussempfehlung

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt die als Anlage 1 beigefügte Resolution und beauftragt die Verwaltung mit deren Weiterleitung an die Ärztekammer Nordrhein – Körperschaft des Öffentlichen Rechts.

einstimmig zugestimmt

6 Kündigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Wahrnehmung der örtlichen Rechnungsprüfung Vorlage: IX/0301/1

Protokoll:

Der Bürgermeister merkt an, dass die Vorlage bereits im nichtöffentlichen Teil des Haupt- und Finanzausschusses ausführlich diskutiert worden ist.

Er erklärt, dass die Zusammenarbeit mit dem Rechnungsprüfungsamt des Kreises Mettmann sehr zufriedenstellend gewesen sei. Die Berichte des Kreises Mettmann hätten stets ein sehr hohes Qualitätsniveau aufgewiesen. Der für die öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Kreis maßgebliche Aspekt der Wirtschaftlichkeit ent falle jedoch in Zukunft, weshalb man an ihr nicht mehr festhalten wolle.

Seitens des Kreises Mettmann sei die Möglichkeit eröffnet worden, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt und dem Kreis einvernehmlich zu einem früheren Zeitpunkt als durch eine Kündigung mit Wirkung zum Ablauf des 31.12.2015 aufzulösen. Daher sei die Beschlussempfehlung zur Vorlage im

Haupt- und Finanzausschuss um diese Möglichkeit erweitert worden. Danach soll die Verwaltung gleichzeitig ermächtigt werden, Verhandlungen mit dem Kreis zu einer vorzeitigen einvernehmlichen Beendigung der Vereinbarung aufzunehmen. Für eine wirksame Kündigung zum Jahresende müsse diese bis zum 31.03.2015 ausgesprochen werden.

Herr Brühlend von der CDU-Fraktion erklärt, dass die CDU-Fraktion zu der Beschlussempfehlung nichts hinzuzufügen habe. Allerdings bestehe der Änderungswunsch zur Begründung der Beschlussempfehlung. Statt der in der Beschlussempfehlung genannten zwei Stellen sollten nach Ansicht der CDU-Fraktion drei Stellen eingeplant werden.

Hinsichtlich der geplanten zwei Stellen für die Rechnungsprüfung erklärt der Bürgermeister, dass diese nicht zwingend mit nur zwei Personen zu besetzen seien. Vielmehr werde bereits aus Vertretungsgründen die Besetzung dieser Stellen mit drei Personen angestrebt. Drei Vollzeitstellen vorzuhalten würde allerdings die Wirtschaftlichkeit konterkarieren, die man sich von einer neuen Strukturierung verspreche. Vor der Vereinbarung der interkommunalen Zusammenarbeit seien vom Kreis Mettmann zwei Stellen für die örtliche Rechnungsprüfung inklusive der Jahresabschlussprüfungen für ausreichend erachtet worden. Zwar habe der Kreis diese Auffassung revidiert, weshalb für die Rechnungsprüfung - nämlich die reguläre, wie auch die Jahresabschlussprüfung- schließlich zweieinhalb Stellen geplant worden seien. Mit einer Ausgliederung der Jahresabschlussprüfung seien jedoch zwei Stellen für die reguläre Rechnungsprüfung vollumfänglich ausreichend.

Der Bürgermeister lehnt die Änderung der Begründung zur Beschlussempfehlung ab. Er erklärt, dass die Begründung einer Beschlussempfehlung Aufgabe der Verwaltung sei und deshalb eine Antragstellung dahingehend nicht vorgesehen sei. Anträge zur Sache könnten hingegen gestellt werden.

Die CDU-Fraktion führt unter Hinweis auf die Gemeindeordnung NRW an, dass die Entscheidung über die Vergabe der Jahresabschlussprüfung an ein externes Unternehmen Sache des Rechnungsprüfungsamtes sei und der Zustimmung des Rechnungsprüfungsausschusses bedürfe. Die Vorlage greife insoweit vor indem in der Begründung zwei Stellen für die Rechnungsprüfung geplant würden.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Vorlage die Kündigung der Vereinbarung mit dem Kreis Mettmann behandle und im weiteren die Vorbereitung betreffe, die Rechnungsprüfung in Eigenregie durchzuführen. Es werde in diesem Zusammenhang die nähere Gestaltung der Rechnungsprüfung lediglich in Aussicht gestellt und der Rat somit in Kenntnis darüber gesetzt, was in Folge einer Ausgliederung der Jahresabschlussprüfung folgen soll. Insofern werde nicht in die Belange des Rechnungsprüfungsausschusses eingegriffen. Er stellt außerdem klar, dass es nicht Aufgabe der Rechnungsprüfung als Verwaltungsorgan ist, über die Fremdvergabe der Jahresabschlüsse zu befinden. Dies entscheide letztlich allein der Rechnungsprüfungsausschuss.

Es entsteht eine Debatte darüber, ob für die Rechnungsprüfung zwei oder drei Vollzeitstellen vorgehalten werden sollten.

Die SPD-Fraktion äußert, dass sie die geplante Wiedereingliederung der Rechnungsprüfung in die Stadtverwaltung begrüße. Sie erachte jedoch zwei Stellen für die Rechnungsprüfung als nicht ausreichend. Schließlich weist sie darauf hin, dass es Aufgabe des Rechnungsprüfungsausschusses sei über die externe Verga-

be der Jahresabschlüsse zu entscheiden.

Der Bürgermeister erinnert daran, dass im Rechnungsprüfungsausschuss ausschließlich Ratsmitglieder sitzen und somit keine anderen Personen an ihm teilnehmen, als die an der heutigen Debatte beteiligten.

Herr Gronauer von der CDU-Fraktion merkt an, dass die Kreisrechnungsprüfung über mehr Beschäftigte verfüge und dadurch die Möglichkeit habe Personal in gebündelter Form für Schwerpunkte bereit zu stellen. Dies werde die Stadtverwaltung mit zwei Stellen im Rechnungsprüfungsamt nicht zu bewältigen vermögen. Daher stellt die CDU-Fraktion den Antrag, die Beschlussempfehlung um einen Punkt 4 zu ergänzen. Sie fordert, die Verwaltung zu verpflichten, drei Vollzeitstellen für die Erledigung der Aufgaben der Rechnungsprüfung bereit zu stellen.

Die Kämmerin führt zu den Kosten aus, die bei der Vergabe der Prüfung der Jahresabschlüsse an ein externes Unternehmen entstehen würden. Sie erläutert die Zusammenhänge, weshalb die Prüfung des Jahresabschlusses, des Konzernabschlusses und des Gesamtabchlusses durch ein Unternehmen effektiver und im Ergebnis kostengünstiger sei.

Die Kosten für die Prüfung des Gesamtabchlusses würden bei der Erstaufstellung etwa 8.000 bis 10.000 Euro betragen. Diese würden nach der Erstaufstellung sukzessive zurückgehen. Bei einer Prüfung des Jahresabschlusses durch die Rechnungsprüfung müsste sich ein externes Unternehmen, welches den Konzernabschluss geprüft und den Gesamtabchluss zu prüfen hätte, zunächst in die Jahresabschlüsse einarbeiten. Dies würde zusätzliche Kosten von 2.500 bis 5.000 Euro erzeugen. Bei der Prüfung des Gesamtabchlusses durch die Rechnungsprüfung sei ferner zu berücksichtigen, dass sich die Rechnungsprüfung in die Abschlüsse des MVV-Konzerns nach dem HGB einarbeiten müsse, welches nicht zum Tagesgeschäft der Verwaltung gehöre und daher einen starken Effizienzverlust mit sich bringen würde.

Der Bürgermeister bedankt sich bei der Kämmerin und fasst im Anschluss den Antrag der CDU-Fraktion wie folgt zusammen:

„Im Stellenplan werden drei Stellen zur Wahrnehmung der örtlichen Rechnungsprüfung veranschlagt.“

Die CDU-Fraktion stimmt dieser Formulierung zu.

Aus Plausibilitätsgründen stellt der Bürgermeister die Ziffern 1-3 einheitlich und die Abstimmung über die Aufnahme der Ziffer 4 getrennt zur Abstimmung.

Geänderter Beschluss:

1. Die Aufgaben der örtlichen Rechnungsprüfung werden spätestens ab 01.01.2016 wieder durch ein eigenes Rechnungsprüfungsamt der Stadt Monheim am Rhein wahrgenommen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung

über die Wahrnehmung der örtlichen Rechnungsprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt des Kreises Mettmann mit Ablauf des 31.12.2015 fristgerecht zu kündigen und parallel dazu Verhandlungen mit dem Kreis zu einer vorzeitigen einvernehmlichen Beendigung der Vereinbarung aufzunehmen.

3. Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Rechnungsprüfung wieder in Eigenregie durchzuführen und hierfür insbesondere eine an den aktuellen Bedarfen orientierte Rechnungsprüfungsordnung zu entwickeln, die vorab im Rechnungsprüfungsausschuss abzustimmen ist und die Höhe des Personalbedarfs im Rechnungsprüfungsausschuss darzulegen.

Abstimmungsergebnis zu Ziffern 1- 3 in geänderter Fassung einstimmig zugestimmt

28 Ja-Stimmen 24 PETO, 2 SPD
7 Enthaltungen 6 CDU, 1 FDP

Im Anschluss wird über den Antrag der CDU-Fraktion abgestimmt, die Beschlussempfehlung um die Ziffer 4 mit folgendem Wortlaut zu erweitern:

4. „Im Stellenplan werden drei Stellen zur Wahrnehmung der örtlichen Rechnungsprüfung veranschlagt.“

Abstimmungsergebnis zur Erweiterung der Beschlussempfehlung um Ziffer 4:

mehrheitlich abgelehnt

25 Nein-Stimmen 24 PETO, 1 BM
9 Ja-Stimmen 6 CDU, 2 SPD, 1 B90/Die Grünen
1 Enthaltung FDP

**7 Ausbau des Städtischen Bürgerservice
Vorlage: IX/0295**

Protokoll:

Einleitend liest der Bürgermeister den Text zu der Unterschriftenliste, welche Herr Franzen in der Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner überreichte, vor. Hierin sprechen sich die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner gegen die Aufstellung eines kostenlosen Passbildautomaten im Bürgerbüro und für den Erhalt des Fotostudio Franzen aus. Der Bürgermeister erklärt, dass ihn noch etwa zwanzig weitere E-Mails mit ähnlichem Text erreicht haben.

Zu der bereits in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses aufgeworfenen Frage über die Zulässigkeit der Aufstellung und des Betriebes eines Fotoautomaten weist der Bürgermeister auf den § 7 Abs. 1, S. 2, Ziff. 2 der Personalausweisverordnung hin. („*Personalausweisverordnung vom 01. November 2010 (BGBl. I S. 1460), die durch Artikel 2 der Verordnung vom 20. Februar 2013 (BGBl. I S. 330) geändert worden ist.*“). Hiernach werde der öffentliche Zweck definiert. Der Gesetzestext wird per Powerpoint-Präsentation an die Wand projiziert.

ziert.

Ferner habe die Rechtsprechung in einem vergleichbaren Fall der Gemeinde Vreden entschieden, dass keine wettbewerbs-rechtlichen Gründe gegen die Aufstellung eines Fotoautomaten durch die Gemeinde entgegenstehen.

Zwar sei das Urteil des mit dem Fall befassten Landgerichts in zweiter Instanz, wegen sachlicher Unzuständigkeit aufgehoben worden, so dass der Fall aktuell vor dem zuständigen Verwaltungsgericht wieder in erster Instanz anhängig sei. Der Bürgermeister weist aber darauf hin, dass bereits drei Berufsrichter sich inhaltlich mit dem Thema befasst haben und zu dem Ergebnis gekommen seien, dass in der Aufstellung und dem Betreiben eines Fotoautomaten durch die Gemeinde kein Verstoß gegen Wettbewerbsrecht vorliege.

Eine Petition, mit der sich der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages befasst habe, zeige zudem, dass der Gesetzgeber diese Norm nicht verändern werde. Die genannte „Petition 14694“ wird an die Plätze verteilt.

Nach dieser Einführung erteilt der Bürgermeister den Ratsfrauen und Ratsherren das Wort.

Frau Pientak aus der PETO-Fraktion erläutert die Ideen zum Ausbau des städtischen Bürgerservices und die damit verbundenen Ziele. Ziel sei die Erreichung von Barrierefreiheit, Zentralisierung der Leistungen im Rathaus sowie eine transparentere Gestaltung der städtischen Dienstleistungen. Erreicht werden solle dies durch die Synchronisierung der Dienstleistungsangebote, der zentralen Prüfung der Gebührenermäßigung bzw. der Gebührenbefreiung, dem zusätzlichen Angebot einer automatisierten Kasse, dem Angebot eines kostenlosen Passbildautomaten sowie der Einführung des „E-Government“.

Sie führt weiter die Vorteile eines Passbildautomaten im Rathaus auf. Dabei betont sie, dass bei den Überlegungen zur Anschaffung eines solchen Passbildautomaten die Vorteile für die einzelnen Bürgerinnen und Bürger gegenüber den Interessen des Einzelhandels genau abgewogen worden seien. Insbesondere sei der Eingriff in den Einzelhandel deshalb verhältnismäßig, da der Automat lediglich im Rahmen der Ausstellung eines Personalausweises bzw. Reisepasses und nur im Monheimer Bürgerbüro genutzt werden könne.

Der Passbildautomat bringe durch die Möglichkeit, Fingerabdrücke und Unterschriften aufzunehmen sowie der sofortigen Überprüfung der Einhaltung biometrischer Anforderungen einen erheblichen Zeitvorteil für den einzelnen Bearbeitungsvorgang. Für die Bürgerinnen und Bürger werde eine weitere Zeitersparnis durch die Verfügbarkeit des Gerätes während der gesamten Öffnungszeiten des Bürgerbüros erreicht. Zudem würden Barrieren abgebaut, da das Gerät auch zur Nutzung durch körperlich eingeschränkte Personen konstruiert sei und darüber hinaus auch in fünf verschiedenen Sprachen eingestellt werden könne.

Da keine Gewinne aus dem Passbildautomaten erzielt werden dürften, soll die Nutzung des Gerätes gebührenfrei bleiben. Nach derzeit angestellten Berechnungen würde eine Nutzungsgebühr bei knapp 2 Euro liegen und sei gegenüber der zu erwartenden Effizienz der Verwaltung verzichtbar.

Im Anschluss an die Ausführungen von Frau Pientak entsteht eine kontrovers

geführte Diskussion über die Zulässigkeit und die Erforderlichkeit eines Passbildautomaten im Bürgerbüro.

Die CDU- und SPD-Fraktionen sowie die FDP sehen in dem Übereinkommen mit Herrn Franzen keinen Kompromiss für den Foto-Studio Betreiber. Sie sind der Auffassung, dass in der Aufstellung des Passbildautomaten ein Eingriff in seinen Gewerbebetrieb vorliege. Die CDU-Fraktion bezweifelt ferner die rechtliche Zulässigkeit nach § 107 Gemeindeordnung NRW und vertritt die Auffassung, dass die Entscheidung des mit einem vergleichbaren Fall der Gemeinde Vreden befassten Verwaltungsgerichts abzuwarten sei.

Frau Pientak von der PETO-Fraktion erläutert, weshalb die früher in Rechtsprechung und Literatur umstrittene Frage, ob eine sog. „Konkurrentenklage“ vor den ordentlichen Gerichten oder vor den Verwaltungsgerichten hier von marginaler Bedeutung sei. Sie weist darauf hin, dass die Rechtsprechung bei der Prüfung des § 107 GO NRW bisher überwiegend zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinde gekommen sei und daher in den meisten Fällen einer „Konkurrentenklagen“ abschlägig geurteilt habe.

Sowohl die CDU-Fraktion als auch die SPD-Fraktion sehen für Monheim am Rhein keinen Bedarf an besagtem Passbildautomaten. Vielmehr werde unnötige Konkurrenz in einem Segment betrieben, das ausreichend abgedeckt sei.

Herr Gronauer erklärt, dass die CDU-Fraktion nicht grundsätzlich gegen die Aufstellung eines Fotoautomaten sei. Sie kritisiere jedoch eine fehlende Ausschreibung für die Aufstellung eines Passbildautomaten. Ferner sei die CDU-Fraktion gegen eine kostenlose Bereitstellung des Passbildautomaten. Die Erläuterungen, dass keine Gewinne aus dem Passbildautomaten erzielt werden dürfen, seien nicht nachvollziehbar, da die Verwaltungen der Nachbargemeinden sowie die Kreisverwaltung, um die 5 Euro Gebühr für die Nutzung eines Passbildautomaten erhöhen.

Herr Goller von der SPD-Fraktion stellt den Antrag, diesen Tagesordnungspunkt in den Ausschuss für Generationen, Kultur, Soziales und Ordnung zu verweisen. Dabei weist er auf den Antrag des Bürgermeisters in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 26.05.2011 hin, in der Herr Zimmermann selbst diesen Antrag zum selben Thema gestellt habe.

Der Bürgermeister erwidert, dass der Rat die Angelegenheit damals an sich gezogen und dann verweigert habe, sich mit den inhaltlichen Argumenten der Verwaltung auseinanderzusetzen. Sein Antrag habe das Ziel gehabt, den Nutzen dieses Gerätes und die Argumente, die die Erweiterung des Bürgerservices begründeten, im Fachausschuss darzulegen. Der Rat habe damals aber ohne jede Diskussionsgrundlage zu diesem Punkt abgestimmt. Ein Erfordernis für einen Verweis bestehe heute nicht, da jeder seine Argumente vorbringen könne.

Auf Anfrage von Herrn Emmler aus der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Höhe der Zeitersparnis, die durch den Passbildautomaten erzielt werden würde, erläutert Herr Frömmer für die Verwaltung, dass nach den von der Verwaltung angestellten Berechnungen eine Viertelstelle eingespart werden könne. Diese soll aber nicht durch Stelleneinsparung gestrichen werden. Vielmehr soll diese Zeitersparnis zu einer Verbesserung des Bürgerservices beitragen.

Herr Emmler möchte weiterhin wissen, ob die Gebühren für den Personalausweis noch kostendeckend wären, wenn der Passbildautomat kostenlos zur Verfügung gestellt werde. Der Bürgermeister antwortet, dass die Gebühren für Personalausweise in der Personalausweisverordnung geregelt seien und es nicht zulässig sei, eine Gebühr durch eine andere zu decken.

Weiterhin weist Herr Emmler darauf hin, dass in die Beschlussempfehlung aufzunehmen sei, die mit Herrn Franzen vereinbarte zeitliche Verschiebung der Inbetriebnahme sowie die „kostenlose“ Zurverfügungstellung des Gerätes.

Da bereits ein vergleichbarer Passbildautomat auf dem Markt eingeführt werden soll und wegen der zeitlichen Verzögerung der geplanten Inbetriebnahme, formuliert der Bürgermeister für Ziffer 2 folgende geänderte Beschlussempfehlung. Es folgt daraufhin die Abstimmung

Geänderter Beschluss:

- I. Der Rat nimmt den aktuellen Sachstandsbericht zum Ausbau des städtischen Bürgerservice zur Kenntnis.

Zur Kenntnis genommen.

- II. Die Verwaltung wird beauftragt, ab dem 01.07.2016 eine Speed-Capture-Station (Fotoautomat) oder ein vergleichbares Gerät im Bereich des Bürgerbüros aufzustellen, um der Bürgerschaft die hiermit verbundenen Dienstleistungen kostenlos und zeitsparend anbieten zu können.

Abstimmungsergebnis zu II:

mehrheitlich zugestimmt.

25 Ja-Stimmen: 24 PETO, 1 BM

10 Nein-Stimmen: 6 CDU, 2 SPD, 1 Bündnis90/Die Grünen, 1 FDP

- III. Zur Optimierung des Bürgerservice wird die Verwaltung darüber hinaus beauftragt, die erforderlichen Baumaßnahmen zu ermitteln, zu planen und die Planung den Ratsgremien zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis zu III:

mehrheitlich zugestimmt.

28 Ja-Stimmen: 24 PETO, 2 SPD, 1 BM, 1 Bündnis90/Die Grünen

7 Nein-Stimmen: 6 CDU, 1 FDP

Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (2. Unterbrechung)

Der Bürgermeister ruft die 2. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner auf.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

8 Pilotprojekt zur Einführung von Tablets am Otto-Hahn-Gymnasium Vorlage: IX/0267/1

Beschluss:

Das Pilotprojekt „Einführung von Tablets“ am Otto-Hahn-Gymnasium wird umgesetzt. Der Rat stimmt gemäß § 83 Abs. 2 Satz 1 GO NRW in Verbindung mit § 7 Abs. 1 Satz 1 der Haushaltssatzung der Bereitstellung überplanmäßiger Mittel für das Pilotprojekt in Höhe von 80.500 € bei Buchungsstelle 40.01.051/03010500/I4001.003 zu. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei der Kreisumlage.

einstimmig zugestimmt

9 Kindergartenbedarfsplanung 2015/2016 Vorlage: IX/0265

Beschluss:

I U3-Betreuungsquote 2015/16

Die U3-Betreuungsquote für Kinder im Alter von vier Monaten bis unter drei Jahren im Kindergartenjahr 2015/2016 beträgt 41%. - Die Verwaltung wird beauftragt, Vorschläge zur Erreichung der vom Rat beschlossenen 50% Quote (Vorlage VIII/113) zu unterbreiten.

II Kindergartenbedarfsplan 2015/16

Der von der örtlichen Jugendhilfeplanung nach § 19 Abs. 3 Kinderbildungsgesetz (KiBiz) erhobene Bedarf bezüglich des Angebotes der Tageseinrichtungen für Kinder in Monheim am Rhein wird wie folgt festgesetzt:

Ia	4 Plätze	(0,25 Gruppen)
Ib	129 Plätze	(6,45 Gruppen)
Ic	332 Plätze	(16,6 Gruppen)
IIa	6 Plätze	(0,6 Gruppen)
IIb	22 Plätze	(2,2 Gruppen)
IIc	107 Plätze	(10,7 Gruppen)
IIIa	38 Plätze	(1,52 Gruppen)
IIIb	243 Plätze	(9,72 Gruppen)

IIIc 447 Plätze (22,35 Gruppen)

(siehe Anlage 1: Tabelle 1)

III Fördermittel für den Kinderbetreuungsausbau

Die Verwaltung wird beauftragt die freien Träger bei der Beantragung von Fördermitteln aus dem Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung 2015-2018“ mit Antragsschluss 15.03.2015 zu unterstützen, um die zur Verfügung stehende Summe voll auszuschöpfen.

einstimmig zugestimmt

10 Änderung der Satzung des Jugendparlamentes der Stadt Monheim am Rhein Vorlage: IX/0277

Protokoll:

Der Bürgermeister weist auf die Änderung in der Beschlussfassung hin. Er erklärt, dass in der Änderungssatzung zu § 2 Abs. 4 der Satzung des Jugendparlamentes die Wörter „möglichst paritätisch“ eingefügt worden sind.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung zur Änderung „Der Satzung des Jugendparlamentes der Stadt Monheim am Rhein vom 16.07.2010“ in der als Anlage 1 zur Beschlussfassung vorgelegten Fassung. Die Anlage 2 ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

11 Einführung des Freizeitexpress 13 und 14 - Empfehlung zur Beschlussfassung - Empfehlung zur Aufnahme in den Nahverkehrsplan Vorlage: IX/0251

Beschluss:

- Der Rat der Stadt Monheim empfiehlt die Einführung der von den Bahnen der Stadt Monheim GmbH vorgestellten Erweiterung des bisherigen Nachtexpress NE 13 in einen Freizeit- und Nachtexpress 13 und der Einführung des Nachtexpress NE 14.
- Die Verwaltung wird beauftragt Maßnahmen zu ergreifen um das neue Fahrplanangebot den Gremien des Kreises Mettmann vorzustellen und die Aufnahme der Maßnahmen in den Nahverkehrsplan des Kreises vorzubereiten.

einstimmig zugestimmt

12 Neuaufstellung des Regionalplans Düsseldorf Stellungnahme der Verwaltung zur Offenlage
Vorlage: IX/0256

Beschluss:

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein stimmt der Stellungnahme der Verwaltung zum Entwurf des Regionalplans Düsseldorf zu.

mehrheitlich zugestimmt

33 Ja - Stimmen PETO, CDU, SPD, FDP

1 Nein - Stimme Bündnis90/ Die Grünen

13 Realisierung weiterer Module der MonChronik zu den Themen Aalfischerei und Karneval
Vorlage: IX/0292

Protokoll:

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass das Konzept im Haupt- und Finanzausschuss ausführlich erläutert worden ist. Er erteilt den Ratsmitgliedern das Wort.

Herr Goller von der SPD-Fraktion merkt an, dass er die Kostendarstellung für nicht detailliert genug erachte und bezieht sich bei seiner Fragestellung daher auf die Anlage zu der nächsten Vorlage IX/0286 in der die Ermächtigungsübertragungen 2014 dargestellt werden. Zu den Übertragungen in Höhe von 186.073,30 Euro, die unter der Haushaltstelle „Monchronik“ auf der Seite 2 aufgeführten werden, möchte Herr Goller wissen, wie viele Mittel insgesamt für die „Monchronik“ noch zur Verfügung stehen.

Der Bürgermeister erklärt, dass im Haushaltsplan 2014 wie auch im Haushaltsplan 2015 jeweils 300.000 Euro im Teilfinanzplan B für die „Monchronik“ zur Verfügung gestellt worden seien. Die für das Jahr 2014 bereit gestellten Mittel seien nicht verbraucht worden. Hierzu kämen nun weitere 300.000 Euro für das Jahr 2015 hinzu.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der MonChronik die in der Sachdarstellung beschriebenen Module zum Thema Aalfischerei in Baumberg und zum Thema Karneval in der Monheimer Altstadt zu realisieren. Die im Haushaltsplan vorhandenen Mittel werden hierfür freigegeben.

einstimmig zugestimmt

14 Ermächtigungsübertragungen 2014
Vorlage: IX/0287

Zur Kenntnis genommen

15

Über- und außerplanmäßige Mittel im Jahre 2014 Vorlage: IX/0288

Protokoll:

Herr Goller kündigt Fragen zu drei Punkten an:

1. zu Punkt 40.01: Bezüglich des Diebstahls einer Lautsprecheranlage an der Lottenschule möchte er wissen, an welcher Stelle die Versicherungsleistungen verbucht worden seien, sofern es solche gab.
2. zu Punkt 60.04: Hinsichtlich der in Höhe von 209.000 Euro zusätzlich verausgabten Mittel für die Umgestaltung am Alten Marktplatz in der Monheimer Altstadt fragt Herr Goller, ob es sich hierbei um die Aufstellung der Betonkübel handele.
3. Zu Punkt 00.03: Hinsichtlich des „Corporate Design“ möchte er wissen, wieso die Realisierung unaufschiebbar und die Inanspruchnahme außerplanmäßiger Mittel erforderlich gewesen ist.

Zu Frage 3 erläutert der Bürgermeister, dass aufgrund von anstehenden Ausgaben für verschiedene Produkte die Realisierung des „Corporate Design“ notwendig und unaufschiebbar geworden sei. Zur Vermeidung von unwirtschaftlichen Ausgaben für Produkte, wie u.a. die „Monchronik“, die im nächsten Jahr aber wieder auf das neue Corporate Design hätten umgestellt werden müssen, sei die frühzeitige Realisierung des „Corporate Design“ über die Finanzierung nach über- und außerplanmäßigen Mitteln erforderlich gewesen.

Hinsichtlich der Frage zu 2 erklärt der Bürgermeister, dass es sich bei dem unter Punkt 60.04 aufgeführten Betrag um Kosten für die provisorische Lösung der einseitigen Sperrung der Verkehrsinsel am Alten Markt handele. Jedoch seien dies nicht allein die Kosten für die Anschaffung von Kübeln. Es handele sich vielmehr um das gesamte Maßnahmenpaket, zu der neben der Anbringung von Verkehrsschildern unter anderem auch die Personalkosten, die für die Einbetonierung der dort angebrachten Poller angefallen seien, zählten.

Zu Frage 1 bezüglich der Abwicklung des Diebstahls in der Lottenschule erklärt Herr Heimann, dass es sich nach seiner Kenntnis um einen Diebstahl handele, bei dem keine Einbruchsspuren festgestellt werden konnten. In diesem Falle trete die Versicherung nicht in Leistung. Um hierzu eine gesicherte Aussage machen zu können, werde er nach Überprüfung der Sachlage eine schriftliche Stellungnahme nachreichen.

(Zum Zeitpunkt der Erstellung der Niederschrift wurde bereits am 18.03.2015 eine schriftliche Stellungnahme von Herrn Heimann an die Fraktionsbüros und die Fraktionsvorsitzenden per E-Mail versandt, in welcher Herr Heimann seine in der Ratssitzung gemachten Angaben bestätigt.)

Die SPD- und die CDU Fraktionen kritisieren die Summe der verausgabten über- und außerplanmäßigen Mittel. Herr Goller von der SPD-Fraktion mahnt, dass in dieser Form nicht weiter verfahren werden könne, da ansonsten die aufgestellten Haushaltspläne ihre Bedeutung einbüßen würden.

Der Bürgermeister erwidert, dass für das Jahr 2015 eine höhere Summe für Über- und Außerplanmäßige Mittel zu erwarten sei. Er weist darauf hin, dass die in Rede stehende Summe etwa 0,2 % des Gesamtvolumens des Haushaltes ausmache und hierin noch nicht die Nachträge enthalten seien, die der Stadtrat selbst in erheblichem Umfang beschlossen habe. Zudem verdeutliche die Liste der abgelehnten Maßnahmen, dass die Kämmerei sachgerechte Entscheidungen treffe. Er halte das von der Verwaltung praktizierte Vorgehen für eine gute Lösung. Sie könne bis zu einer Grenze von 25.000 Euro selbst über die Umsetzung von Maßnahmen entscheiden. Maßnahmen, die über diese Summe hinaus gingen, würden dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt bzw. im Nachtragshaushalt beschlossen, wenn es sich um investive Maßnahmen handele. Die Alternative zu diesem Verfahren sei gewesen, alle Maßnahmen in Vorlagen zu erfassen und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen. Es wäre jedoch keine Alternative gewesen, auf diese Maßnahmen ganz zu verzichten.

Darüber hinaus bestünden hohe Hürden für über- und außerplanmäßige Ausgaben, wonach die Verwaltung unter Darlegung eines Kostendeckungsvorschlages sehr dezidiert begründen müsse, weshalb sie eine Maßnahme für erforderlich und notwendig erachte. Trotz der kritisierten über- und außerplanmäßigen Ausgaben, könne das Haushaltsjahr 2014 statt mit dem erwarteten Überschuss von 20.000.000 Euro, voraussichtlich mit einem Überschuss von 30.000.000 Euro abschließen. Die Erzielung eines solchen Ergebnisses relativiere die über- und außerplanmäßigen Ausgaben zusätzlich.

Zur Kenntnis genommen

- 16** **Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.02.2015 zum städtischen Baumkataster**
Vorlage: IX/0303

Protokoll:

Auf Nachfrage des Bürgermeisters erklärt Herr Emmeler von der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, dass er die Vorlage zur Kenntnis nehme. Da seine Fraktion an diesem Abend jedoch nur zur Hälfte besetzt sei behält er sich vor, hierauf zurück zu kommen.

Zur Kenntnis genommen

- 17** **Vertreter der Stadt Monheim am Rhein in der Rheinfischereigenossenschaft im Lande NRW**
Vorlage: IX/0258

Beschluss:

Als bevollmächtigter Vertreter der Stadt Monheim am Rhein in der Rheinfischereigenossenschaft im Lande NRW wird Herr Marc Steven benannt. Zum Stellvertreter wird Herr Martin Frömmer benannt.

einstimmig zugestimmt

- 18** **Vertreter der Stadt Monheim am Rhein in der Gesellschafterversammlung der Lokalradio Mettmann Betriebsgesellschaft mbH + Co. KG**
Vorlage: IX/0259

Beschluss:

Als Vertreter der Stadt Monheim am Rhein in der Gesellschafterversammlung der Lokalradio Mettmann Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG wird Herr Thomas Spekowius benannt. Als dessen Stellvertreter wird Herr Guido Krämer benannt.

einstimmig zugestimmt

- 19** **Wahl des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden des Umlegungsausschusses der Stadt Monheim am Rhein**
Vorlage: IX/0281

Beschluss:

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein wählt Herrn Nils Hanheide zum Vorsitzenden des Umlegungsausschusses der Stadt Monheim am Rhein.
Als dessen Stellvertreter wählt er Herrn Hans-Peter Brock.

einstimmig zugestimmt

- 20** **Nach- und Umbesetzung in Ausschüssen und Gremien**
Vorlage: IX/0261

Protokoll:

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die geänderte Vorlage nachversandt wurde. Er liest die Namen der im Rahmen der Nach- und Umbesetzung in Ausschüssen und Gremien vom Rat entsendeten persönlichen Stellvertreter vor.

Beschlussempfehlung

1. Die Nach- und Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen und Gremien werden wie in der Anlage beigefügten Form beschlossen. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.

2. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein entsendet
 1. Laura Töpfer für Frau Lisa Pientak

 2. Lucas Risse für Herrn Florian Große-Allermann

 3. Bruno Kosmala für Frau Gabriele Hackel

als persönliche Stellvertretungen in den Aufsichtsrat der Bildung³ gemeinnützige GmbH der Städte Hilden, Langenfeld und Monheim am Rhein.

3. Der Rat nimmt die Nach- und Umbesetzungen im Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis.

einstimmig zugestimmt

21 Mündliche Mitteilungen

Protokoll:

Keine Wortmeldungen.

22 Mündliche Anfragen

22.1 Anfrage von Ratsherrn Goller - SPD "Anschaffung von Defibrillatoren"

Protokoll:

Auf die Nachfrage von Herrn Goller - SPD-Fraktion, inwieweit die vom Rat beschlossene Anschaffung von Defibrillatoren für das Rathaus und andere öffentliche Einrichtungen umgesetzt worden sei, antwortet Herr Frömmer, Bereichsleitung Zentraler Service, dass die Mittel zur Verfügung gestellt worden seien und die Geräte kurzfristig angeschafft werden würden.

22.2 Anfrage von Ratsherrn Goller - SPD - "Entwicklungsstand des Projektes an der Aalräucherei im Uebber-Gelände"

Protokoll:

Weiterhin möchte Herr Goller Auskunft zu den Entwicklungen bezüglich des Bauvorhabens bei der alten Aalräucherei in Baumberg. Er zitiert aus der Ausgabe vom 10.03.2015 einer regionalen Tageszeitung, in der berichtet wird, dass der Projektentwickler seine Pläne, an der Stelle der Aalräucherei sechs Villen zu bauen, inzwischen aufgegeben habe. Er bemängelt, dass die Stadtverwaltung im Vorfeld keine Informationen hierzu erteilt habe.

Der Bürgermeister bestätigt die Richtigkeit der von Herrn Goller vorgelesenen Meldung und erklärt, dass eine offizielle Mitteilung bisher nicht erfolgt sei, weil noch nicht abzusehen sei, welche Konsequenzen sich aus diesem Umstand ergeben würden.

22.3 Anfrage von Ratsherrn Gronauer - CDU - " Stellvertretungsregelung für Aufsichtsratsmitglieder der MVV"

Protokoll:

In Ermangelung einer Stellvertretungsregelung für Aufsichtsratsmitglieder der MVV fragt die CDU-Fraktion, ob der Gesellschaftsvertrag dahingehend überarbei-

tet und den Gremien vorgelegt werden könne. Ferner werde aufgrund der Geheimhaltungspflicht der Aufsichtsratsmitglieder, der Informationsfluss erschwert. Daher bittet die Fraktion um Überprüfung einer Möglichkeit das Gremium zu den Themen der Aufsichtsratssitzung zu informieren.

Der Bürgermeister kündigt an, dass die Möglichkeit der Änderung des Gesellschaftsvertrages hinsichtlich der Stellvertretungsregelung sowie die Möglichkeit der Informierung der Fraktionen über Themen der Aufsichtsratssitzung, durch das Beteiligungsmanagement überprüft werde. Das Ergebnis der Überprüfung werde schriftlich mitgeteilt.

Der Bürgermeister schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bedankt sich bei den Zuhörern.

Daniel Zimmermann
Bürgermeister

Cansen Akcakavak
Schriftführerin